ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2002) : Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 08, pp. 40-42

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/163774

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute

Wolfgang Nierhaus

Zweimal in jedem Jahr – im Frühjahr und im Herbst[1] – erstellen die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen (bis 1998: Bundesministerium für Wirtschaft) ein Konjunkturgutachten über »die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft«. Bei den an der so genannten »Gemeinschaftsdiagnose« beteiligten Instituten handelt es sich um das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), das ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW), das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, und – seit 1993 – um das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Aufgabe der Gemeinschaftsdiagnose ist es, Entscheidungshilfen für alle wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch Handelnden zu geben. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute hat damit eine ähnliche Aufgabenstellung wie das Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dessen besondere Stärke weniger in der Konjunkturprognose als in der profunden Darstellung grundsätzlicher allokativer und distributiver Fragen liegt (Schmahl 2000).

Alle Gemeinschaftsdiagnosen beinhalten einen *weltwirtschaftlichen* Teil und einen *binnenwirtschaftlichen* Teil. Im *weltwirtschaftlichen* Kapitel wird die internationale Konjunktur herausgearbeitet, die für ein exportabhängiges Land wie Deutschland ein wichtiges Rahmendatum bedeutet. Im Vordergrund steht die Wirtschaftsentwicklung in den USA, in Japan (und Ostasien), in Westeuropa – und hier insbesondere das Geschehen in der Europäischen Währungsunion – sowie in Mittel- und Osteuropa. Hinzu kommt eine Darstellung der internationalen Lohn- und Finanzpolitik sowie der monetären Rahmenbedingungen, zu denen neben der Geldpolitik der amerikanischen und japanischen Notenbanken insbesondere die Zinsbeschlüsse der Europäischen Zentralbank, die Geldmengenexpansion (im Euroraum) und auch die Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem US-Dollar gehören. Der *binnenwirtschaftliche* Teil des Gutachtens enthält eine ausführliche Ex-post-Analyse (Konjunkturdiagnose) der deutschen Wirtschaft, die wichtigsten Annahmen der Prognose[2] und – darauf aufbauend – eine kommentierte Vorausschätzung der zentralen Kenngrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Ein gesonderter Tabellensatz mit detaillierten Halbjahres- bzw. Jahresergebnissen für die Bundesrepublik findet sich im Anhang jedes Gutachtens.[3] Der Prognosehorizont der Gemeinschaftsdiagnose beträgt dabei – je nach Fertigstellungstermin – bis zu sieben Quartale. An die Diagnose- und Prognosekapitel schließt sich eine detaillierte Stellungnahme der Institute zur Wirtschaftspolitik an. Die wirtschaftspolitischen Überlegungen und Empfehlungen erstrecken sich primär auf die Kernbereiche *Lohn-, Geld- und Finanzpolitik,* wobei in den Gutachten – neben der laufenden Politikevaluierung – stets auch Vorschläge für konkrete Maßnahmen zu finden sind. Themenkreise waren hier u.a. die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, allfällige Steuerreformen, Deregulierungen, der »Evergreen« Subventionsabbau sowie die Wechselkurspolitik. Nach der Wiedervereinigung haben die Institute in diesem Teil des Gutachtens wiederholt auch Expertisen zu den besonderen wirtschaftspolitischen Erfordernissen in den neuen Bundesländern abgegeben.

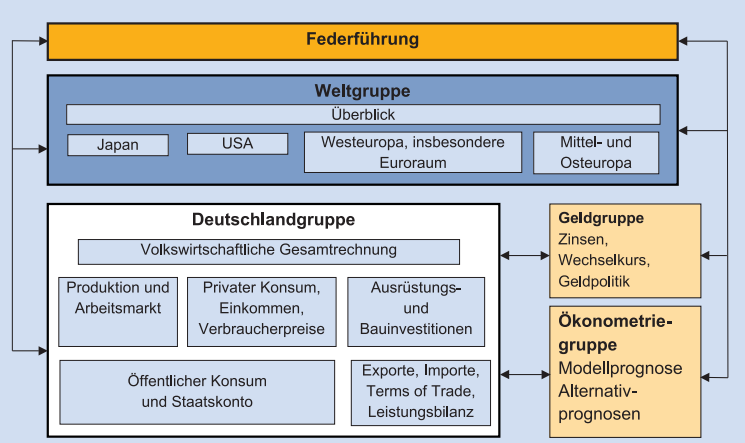
Jedem Gemeinschaftsgutachten vorgelagert ist die separate Prognosearbeit in den beteiligten sechs Instituten, die bereits mehrere Wochen vor der eigentlichen Gruppentagung beginnt. Hinzu kommen in diesem Zeitraum regelmäßige Vorgespräche der *Federführenden* (Leiter der jeweiligen Konjunkturabteilungen) im Bundesministerium der Finanzen, der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank (zeitweilig auch in der Treuhandanstalt). Der eng gefasste Zeitrahmen für die eigentliche Gemeinschaftsdiagnose beträgt lediglich zwei Wochen. Entsprechend dem inhaltlichen Aufbau der Gemeinschaftsdiagnose beginnt die *Weltgruppe* im jeweils gastgebenden Institut – die Gastgeberrolle wechselt turnusmäßig von Institut zu Institut – mit der Arbeit (vgl. Über-

[1] Im Jahr 1950 wurde auf Initiative des Arbeitskreises »Konjunkturbeobachtung« der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute erstmals ein gemeinsamer Konjunkturbericht veröffentlicht. Bis 1964 fanden die turnusmäßigen Gemeinschaftsdiagnosen zur Jahresmitte und zum Jahresende statt (vgl. Stäglin 1998).

[2] Jeder Gemeinschaftsdiagnose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Zu den üblichen Annahmen für die Deutschlandprognose gehören die Entwicklung von Weltwirtschaft und Welthandel, die Veränderung der Rohstoffpreise, die Bewegung des realen effektiven Außenwerts des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner sowie der absehbare Kurs der Geld-, Lohn- und Finanzpolitik im Prognosezeitraum.

[3] Zahlenprognosen in tabellarischer Form veröffentlichen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren Gemeinschaftsgutachten seit dem Jahr 1962.

Übersicht: Arbeitsgruppen der Gemeinschaftsdiagnose



sicht). Die Weltgruppe liefert neben einer quantitativen wie qualitativen Analyse und Prognose der Auslandskonjunktur auch noch andere wichtige Rahmendaten (wie das voraussichtliche Welthandelsvolumen bzw. die Entwicklung der Rohöl- und anderer Rohstoffpreise) für die *deutschen* Arbeitsgruppen. Diese erstellen in der ersten Woche – neben ersten Textentwürfen zu Analyse und Prognose – das prognostische Zahlentableau für die deutsche Wirtschaft. In der zweiten Woche stehen die Redaktion des Prognosetextes für Deutschland sowie der wirtschaftspolitischen Überlegungen im Vordergrund; die Texte für den Weltteil sind bereits in der ersten Woche verabschiedet worden. Redaktionsschluss für das Gemeinschaftsgutachten ist am Freitag; über das Wochenende werden letzte redaktionelle und technische Arbeiten im gastgebenden Institut durchgeführt. Am Dienstag der darauf folgenden Woche werden die Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose traditionsgemäß von allen beteiligten Instituten gemeinsam auf der Bundespressekonferenz in Berlin (früher: Bonn) der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Zentrum des »Deutschland-Teils« jeder Gemeinschaftsdiagnose steht die Prognose des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach Entstehung, Verwendung und Verteilung, eine Vorausschätzung der Arbeitsmarktentwicklung, der Inflation und der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Das Bruttoinlandsprodukt wird primär über die – wirtschaftstheoretisch stärker abgesicherten – Aggregate der Verwendungsseite vorausgeschätzt (und zwar in jeweiligen als auch in konstanten Preisen[4]); zusätzlich wird die reale gesamtwirtschaftliche Produktion für das jeweils laufende Jahr auch über die Entstehung nach Wirtschaftsbereichen quantifiziert, weil hier die Entwicklung am *aktuellen Rand*[5] besonders gut über Frühindikatoren der amtlichen und nichtamtlichen Statistik abgegriffen werden kann. Die Verteilung des Sozialprodukts (nach Arbeits-, Vermögens- und Gewinneinkommen), die sich zum Teil residual im Einkommenskreislauf ergibt, wird aufgrund des fehlenden Mengengerüsts stets nur nominal ausgewiesen. Zusätzlich wird das *Staatskonto* geschätzt, das einmal vom Staatskonsum abhängt, d.h. von der Wertschöpfung der staatlich Bediensteten und von den Güterkäufen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Außerdem sind die Einnahmen an direkten und indirekten Steuern sowie die Transferzahlungen des Staates detailliert abzugreifen. Schließlich wird die voraussichtliche *Arbeitsmarktentwicklung* in Abstimmung mit der erwarteten Konjunktur in den wichtigsten Wirtschaftssektoren prognostiziert. Insbesondere gilt es den zum Prognosezeitpunkt bereits bekannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Rechnung zu tragen, die erfahrungsgemäß in nicht unerheblichem Maße den Arbeitsmarkt beeinflussen können. Der Quantifizierung der Beschleunigung oder Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität sowie der Diagnose von konjunkturellen Wendepunkten wird in der Gemeinschaftsdiagnose besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die *konjunkturellen Verläufe,* d.h. die saison- und kalenderbereinigten Zeitpfade der wichtigsten VGR-Variablen von Quartal zu Quartal, werden seit den neunziger Jahren durch zahlreiche Graphiken in den Gutachten veranschaulicht.

Bei der Erstellung der Prognosezahlen für Deutschland wird in der Gemeinschaftsdiagnose von den Methoden her dreigleisig verfahren. Primär wird auf das *iterativ-analytische* Verfahren zurückgegriffen; für die Prognose der Entwicklung am aktuellen Rand werden *indikatorgestützte* Ansätze verwendet (vgl. Kasten Prognosemethoden). Zu Beginn werden die Aggregate der Verwendungsrechnung wie Privater Konsum, Investitionen, Exporte usw. sowie die dazu gehörenden Preisindizes von den Institutsexperten, die in entsprechenden Arbeitsgruppen organisiert sind, unabhängig voneinander geschätzt. Als Diskussionsgrundlage dienen den Gruppen die in den einzelnen Instituten vorab gemachten »Hausprognosen«, hinzu kommen die Annahmen über die wichtigsten internationalen wie nationalen Rahmenbedingungen im Schätzzeitraum. Nach der Einigung der Gruppen auf ein gemeinsames Zahlenbild werden die Konsensschätzungen mit Hilfe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zusammengefasst. Zu diesem Zeitpunkt ergibt sich erstmals eine explizite Schätzung für das Bruttoinlandsprodukt. In einem mehrstufigen Prozess wird die Gesamtprognose unter Einschluss des Arbeitsmarkts und des Staatskontos auf ihre ökonomische Konsistenz geprüft und solange geändert (»rundgerechnet«), bis sich ein möglichst stimmiges Bild ergibt, dem von den beteiligten Instituten die größte Wahrscheinlichkeit beigemessen wird. Bei der Überprüfung der Prognose macht man sich vor allem die saldenmechanischen Zusammenhänge der VGR zunutze *(Kreislaufprinzip).* Dass trotz aller Schätzunsicherheiten von den Instituten in der Regel keine Spannbreiten angegeben, sondern Punktprognosen gemacht werden, also Angaben mit einer (ungerundeten) Dezimalstelle nach dem Komma, dient allein dem Zweck, die quantitative Prognose für den Leser im Detail nachvollziehbar zu machen.

Neben dem iterativ-analytischen Expertenverfahren und indikatorgestützten Schätzansätzen werden in der Gemeinschaftsdiagnose seit Mitte der siebziger Jahre aber auch *ökonometrische Modelle* eingesetzt. Wichtig sind heute vor allem sog. »Mehr-Länder-Modelle«, die die wichtigsten westlichen Volkswirtschaften auf Vierteljahresbasis abbilden und über die Außenhandelsverflechtungen miteinander verknüpfen. Daneben gibt es aber auch Modelle, die allein auf die deutsche Wirtschaft abstellen. Ökonometrische Modell-

[4] Die Prognose für den Preisindex des Bruttoinlandsprodukts (BIP-Deflator) ergibt sich implizit aus der Relation der Schätzungen für die BIP-Verwendung in jeweiligen Preisen und der BIP-Verwendung in konstanten Preisen.

[5] Zeitraum, der kalendarisch ganz oder zumindest teilweise bereits abgelaufen ist, für den aber noch kein oder nur unvollständiges Datenmaterial der amtlichen Statistik vorliegt. So reichen beim Frühjahrsgutachten der Institute (im März/April) die bereits veröffentlichten vierteljährlichen VGR-Ergebnisse der Bundesstatistik nur bis zum 4. Quartal des jeweiligen Vorjahres, beim Herbstgutachten (im Oktober) nur bis zum 2. Quartal des laufenden Jahres.

Prognosemethoden

Für die Konjunkturprognose stehen heute mehrere Verfahren zur Verfügung, die auf unterschiedlichen statistischen und theoretischen Voraussetzungen beruhen: Der *Indikatoransatz,* die *iterativ-analytische* Methode und die *ökonometrische* Prognose (Nierhaus 1998). Es handelt sich hierbei nicht um einander ausschließende Ansätze, sondern um Methoden, die in der Rechenpraxis miteinander kombiniert werden können, so dass ihre jeweiligen Vorteile gemeinsam nutzbar sind.

- Der *Indikatoransatz* wird primär für Kurzfristprognosen mit einem Zeithorizont von bis zu maximal neun Monaten herangezogen. Das Konzept nützt den systematischen Gleich- bzw. Vorlauf von monatlichen Indikatoren aus Konjunkturumfragen (wie dem *ifo Konjunkturtest*) bzw. aus der amtlichen Statistik gegenüber zu prognostizierenden Referenzreihen aus. Indikatoransätze werden auch für die Schätzung von Werten aus zurückliegenden Perioden verwendet, sofern es für diese noch keine amtlichen Angaben gibt.
- Das *iterativ-analytische* Verfahren (VGR-Methode) wird für den klassischen Prognosezeitraum von ein bis zwei Jahren benützt. Die Methode stützt sich in besonderem Maße auf die Prognosen einzelner Experten. Die Konsistenz der Schätzungen wird iterativ, d.h. in einem mehrstufigen, sich wiederholenden Rechenprozess im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sichergestellt. Dabei stehen gleichberechtigt formale wirtschaftsstatistische Verfahren neben nichtformalisierten Ansätzen, die auf der persönlichen Kenntnis über das Wirtschaftsgeschehen beruhen (intuitive Prognoseverfahren). Des Weiteren werden Analogien aus vergleichbaren früheren Konjunkturphasen herangezogen. Schließlich gibt es institutionell prädeterminierte Schätzansätze. Diese werden etwa bei der Prognose der staatlichen Transfers an die privaten Haushalte eingesetzt oder bei der Schätzung der tarifvertraglich geregelten Arbeitseinkommen. Der besondere Vorteil der Methode besteht darin, dass alle verfügbaren qualitativen wie quantitativen Informationen in die Prognose eingebaut werden können. Nachteilig ist, dass iterativ-analytische Schätzungen aufgrund des angewandten Methodenpluralismus intersubjektiv immer nur begrenzt nachvollziehbar sind.
- Die *ökonometrische* Prognose baut auf der Regressionsanalyse von Zeitreihen aus der Wirtschaftsstatistik auf. Mit Strukturmodellen wird bevorzugt die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung abgeschätzt. Außerdem lässt sich der Einfluss unterschiedlicher – im Modell exogen gesetzter – Parameter (z.B. Steuer- und Zinssätze) auf die endogenen Modellvariablen (Bruttoinlandsprodukt, Preise usw.) abschätzen. Neben Strukturmodellen werden heute auch zeitreihenanalytische Verfahren eingesetzt, die Prognosewerte ohne Rückgriff auf explizite ökonomische Zusammenhänge allein aus der Entwicklung der eigenen Vergangenheit erklären. Autoregressive Schätzmethoden lassen sich in Konkurrenz zu Indikatoransätzen gut für Kurzfristprognosen nutzen.

ergebnisse dienen im Gemeinschaftsgutachten einmal der Absicherung und Überprüfung der iterativ-analytisch gewonnenen Schätzungen. Außerdem werden sie für *Alternativprognosen* herangezogen, in denen die Auswirkungen von geänderten (Politik-)Parametern auf die deutsche und internationale Konjunktur untersucht werden (Politiksimulationen).

Der besondere Wert des Gemeinschaftsgutachtens für die wissenschaftliche Politikberatung liegt in dem *gemeinsamen Votum* von fachlich kompetenten Forschungsinstituten, die ansonsten in hartem Wettbewerb zueinander stehen. Ganz verschiedene methodische Ansätze und verschiedene Theorien werden durch die einzelnen Institute repräsentiert (Eichel 2000). Gleichwohl zeigen *Minderheitsvoten*[6], dass die Gemeinschaftsdiagnose nicht als »fauler Kompromiss« zu Lasten klarer Aussagen gewertet werden darf. Die schlichte Einigung »in der Mitte« der eingebrachten Ergebnisse und Meinungen ist unter den Instituten verpönt; immer zählt das bessere Argument. Jede Gemeinschaftsdiagnose ist zwangsläufig eine Gratwanderung zwischen dem (vom Auftraggeber gewünschten) Kompromiss und der notwendigen Fokussierung auf Unterschiede in zentralen Vorstellungen, die auch in langen Sitzungen nicht wegzudiskutieren sind. Naturgemäß ist angesichts der vielfältigen Schätzunsicherheiten ein Konsens über die künftige Entwicklung leichter herzustellen als über unterschiedliche Normvorstellungen. Die in der Vergangenheit abgegebenen Minderheitsvoten haben sich denn auch in den wenigsten Fällen auf den Diagnose- und Prognoseteil des Gutachtens bezogen, sondern in aller Regel auf die wirtschaftspolitischen Empfehlungen. Freilich kann die »politische Durchschlagskraft« der Gemeinschaftsdiagnose durch Minderheitsvoten geschwächt werden; auch mag es der Politik in derartigen Fällen leichter fallen, notwendige (Reform-)Maßnahmen hinauszuschieben (Filusch 1992).

Bei der Interpretation des Gemeinschaftsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute sollte stets im Auge behalten werden, dass die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft aufgrund der unsicheren Rahmenbedingungen und des ständigen Wandels, dem menschliches Verhalten unterliegt, nicht exakt voraussagbar ist. Wissenschaftliche Prognosen sind immer nur bedingte Vorhersagen im Sinne von »Wenn-dann-Aussagen«. Sie beseitigen nicht die Unsicherheit über die Zukunft, sie tragen aber dazu bei, die Unsicherheit zu verringern.

[6] Minderheitsvoten erscheinen bei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung im Gutachten als Textpassagen, bei eher nachgeordneten Sachverhalten auch als Fußnoten.

Literatur

Eichel, H. (2000), »Wissenschaftliche Politikberatung – das Spannungsfeld zwischen Erkenntnis und Entscheidung«, in: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (Hrsg.), *Referate zum Empfang anläßlich der 100. Gemeinschaftsdiagnose der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute,* Hamburg, 13–19.

Filusch, B. (1992), »Die Konjunkturprognosen der Forschungsinstitute – Anspruch und Wirklichkeit«, in: ifo Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), *Symposium zur Verabschiedung von Dr. Arthur Krumper am 22. Mai 1992,* München, 7–18.

Nierhaus, W. (1998), »Praktische Methoden der Konjunkturprognose«, *ifo Schnelldienst* 51 (28), 7–19.

Schmahl, H.-J. (2000), »Gemeinschaftsdiagnose – ein Instrument der Politikberatung«, in: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (Hrsg.), *Referate zum Empfang anläßlich der 100. Gemeinschaftsdiagnose der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute,* Hamburg, 29–34.

Stäglin, R. (1998), »Beiträge der Wirtschaftsforschungsinstitute zur kurzfristigen Wirtschaftsbeobachtung«, *Allgemeines Statistisches Archiv* 82, 66–80.